

Niederschrift

JHA/012/2022

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine
am 22.09.2022

Die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dieter Führer	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
--------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied
Herr André Heeke	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzende
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Heiko Schomaker	UWG	Sachkundiger Bürger
Frau Antonia Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Max Richter		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Herr Winfried Hülsbusch		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Herr Christian Evers	BfR	Sachkundiger Bürger
Frau Mona Gedicke		Interessenvertreter
Frau Carla Zachey		AG 78

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Domenico Bellinvia		Ausschussmitglied f. Katho-
-------------------------	--	-----------------------------

Frau Nina Jansen		lische Kirche
		Sachkundige Einwohnerin f. Beirat f. Menschen mit Behinderung
Frau Barbara Kammer		Ausschussmitglied f. Schulen
Frau Karin Sauerland		Jugendamtselternbeirat
Herr Vincenzo Pirone		Sachkundiger Einwohner f. Integrationsrat (bis Top 8 - 18:03 Uhr)

Vertreter:

Frau Tatjana Lücke	SPD	Vertretung für Frau Yvonne Köhler
--------------------	-----	-----------------------------------

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen		Stabstelle Dezernat II
Frau Katja Käschner		PV Kindergärten und Kindertagespflege
Frau Diana Möllers		Kinder- und Jugendarbeit
Frau Jacqueline Raade		Netzwerkkoordination Kommunale Präventionskette
Herr Christoph Welling		Leiter ASD
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Gäste:

Frau Sabine Wensing		Familienbeirat (Top 5 – Vortrag)
---------------------	--	-------------------------------------

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

Frau Petra Fettich

Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände

beratende Mitglieder:

Frau Annette Floyd-Wenke

DIE LINKE

Ratsmitglied

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Andrea Gehring

Ausschussmitglied f. Arbeitsverwaltung

Herr Stefan Heskamp

Ausschussmitglied f. Polizei

Herr Jörg Langhans

Ausschussmitglied f. Richter

Frau Claudia Raneberg

Ausschussmitglied f. Evangelische Kirche

Frau Andrea Bischoff

Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Herr Fühner eröffnet die heutige Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Rheine.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verpflichtung von Frau Carla Zachey als Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. JHA/011/2022 über die öffentliche Sitzung am 22.06.2022

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann korrigiert zu dem Informationspunkt „Anschaffung einer mobilen Pumptrackanlage/Übernahme Restfinanzierung“, dass die Spende nicht über die Volksbank, sondern über die Sparkasse akquiriert worden sei.

Ein Verein beabsichtige, die geplante Kita auf dem Gelände der Spinnerei Kümpers zu übernehmen. Dieser habe angekündigt, den Antrag auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe zu stellen, welcher die Kernvoraussetzung für die Förderung mit Landesmitteln ist.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses würden eine Einladung für bestimmte Veranstaltungen des Riga-Symposiums erhalten, welches vom 3. bis 5. November in Rheine stattfindet.

Zu der Information aus der letzten Sitzung [Top 6], dass das Land NRW im Rahmen des Landeskinderschutzgesetzes den Kommunen finanzielle Mittel avisiert habe, ergänzt Herr Gausmann, dass Rheine für dieses Jahr 199.000 Euro, und ab 2023 rund 300.000 Euro bekommen werde. Davon würden 40.000 Euro für die Koordinierungsstelle Kinderschutz eingeplant.

Frau Overesch hat in der letzten Sitzung zum Freizeitflächenbedarfsplan gebeten, nach weiteren Einzelakteuren oder -initiativen zu schauen und fragt nach dem Stand.

Herr Gausmann antwortet, dass es im Schotthock eine Partizipation durch die IG Schotthock gebe.

Frau Wiggers ergänzt, dass weiterhin verschiedene Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen geplant seien. Einzelne größerer Sportvereine würden dazu angesprochen.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Familienbeirat

Es sind keine Mitglieder des Familienbeirates anwesend.

Herr Welling berichtet, dass sich der Familienbeirat vor 4 oder 5 Wochen zu einem Klausurtag getroffen und über die inhaltliche Arbeit, welche Themen der Familienbeirat sich für die nächsten Jahre vornehmen möchte, gesprochen habe.

5. Information über das Projekt Notinseln in Rheine Vorlage: 324/22

Frau Wensing vom Familienbeirat der Stadt Rheine stellt ihre Präsentation (**Anlage 1**) vor.

Auf die Frage von Frau Leskow gibt Frau Wensing an, dass es in Rheine ungefähr 10 Inanspruchnahmen pro Jahr gebe.

Auf die Frage von Herrn Hülsbusch, ob für junge Menschen, die der deutschen Sprache noch nicht mächtig sind, das Logo internationaler gestaltet werden könne, antwortet Frau Wensing, dass die Stiftung sich mit dem Thema beschäftige.

Des Weiteren erklärt sie zu der Frage von Frau Kammer, dass die Schulen nach der Stiftungssatzung keine Aufkleber erhalten würden, jedoch viele Kindertagesstätten dabei seien.

Herr Fühner regt an, dass Frau Wensing für die Schulen einen Appell an die Stiftung weiterreichen möge.

Frau Overesch erklärt, sie finde die einfach zu bedienende App mit den kleinen Notinsel-Männchen großartig. Jedoch sehe sie keine Notinseln in den Außenquartieren Altenrheine, Rodde und dem Südraum.

Frau Wensing erwidert, dass es im Außenbereich schwierig sei und die Notinseln dort eher in den Kindertagesstätten zu finden seien. Die nächste Notinsel werde im Dorfladen Rodde eingerichtet.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Vortrag über das Projekt Notinseln in Rheine zur Kenntnis.

6. Ausstattung einer möglichen Gruppenform II in der Kita Thieberg
Vorlage: 268/22

Frau Overesch erklärt sich für Befangen.

Herr Gausmann erklärt unter anderem auf die Frage von Frau Leskow, dass links der Ems die neue Kita an der Neuenkirchener Straße zum nächsten Kita-Jahr fertig gestellt werde. Nach dem Anmeldeverfahren werde der Ü3-Rechtsanspruch hoffentlich abgebildet werden können, so dass in der Kita Thieberg zur Behebung des Platzproblems im U2-Bereich kurzfristig eine Gruppenform II installiert werden könne.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, in der Kita Thieberg, Hünenborgstraße 97 in 48431 Rheine, die Möglichkeit zu eröffnen, ab dem Betreuungsjahr 2023/24 eine Gruppenform II einzurichten.

Wenn die Gruppenform II eingerichtet wird, erhält der Träger der Kita Thieberg, der Jugend- und Familiendienst e. V., einen Investitionskostenzuschuss in Höhe von 10.000 Euro.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Mehrkosten beim Ausbau der Kita St. Bonifatius
Vorlage: 274/22

Frau Overesch spricht die schwierigen Situationen an, die in der Kirchengemeinde hätten abgebildet werden müssen, und bezeichnet das Ergebnis als große Leistung.

Herr Fühner erinnert an eine in 2010 gemachte Bereisung der verschiedenen Kindergarten-Standorte. Damals habe die Gemeinde St. Antonius von Padura noch Heilig Kreuz geheißen, und der Träger sei bereit gewesen, in unserer damaligen Not mobile Raumsysteme aufzustellen. Die Gemeinde habe sich immer engagiert, wenn es um Bedarfsdeckungen gegangen sei.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Mehrausgaben für den Ausbau der Kita St. Bonifatius mit den Minderausgaben für den Ausbau der in der Kita St. Ludgerus zu verrechnen und dem Träger dieser beiden Kitas, der Kath. Kirchengemeinde St. Antonius von Padua, 37.285 € zu erstatten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Antrag auf Bezuschussung der Mehrkosten für den Ersatzbau der Kita St. Elisabeth
Vorlage: 286/22

Herr Beckers erklärt sich für Befangen.

Herr Fühner fügt hinzu, dass Herr Beckers Mitglied des Kirchenvorstandes der St.-Dionysius-Gemeinde sei.

Herr Gausmann erklärt, dass der Träger wegen der Baukostensteigerung von rund 30 % selbst vorgeschlagen habe, die Höhe der Erlöse aus dem Verkauf der Kita St. Michael als zusätzlichen Eigenanteil des Trägers für den Ersatzbau der Kita St. Elisabeth zur Verfügung zu stellen und die verbleibenden Kosten zu halbieren.

Herr Heeke findet, dass die Baukostensteigerung von 30 % nicht gerade ohne sei. Ihm fehle die detaillierte Aufschlüsselung, in welchen Gewerken dies ablaufe. Er habe tiefer gehenden Beratungsbedarf, und da es sich um freiwillige Leistungen der Stadt handele, schlage er eine Vertagung auf die nächste Jugendhilfeausschusssitzung vor.

Auf die Frage von Herrn Fühner, ob das aus zeitlicher Hinsicht vorstellbar sei, erwidert Herr Gausmann, dass das mehr als herausfordernd werde, da der durch Landesmittel geförderte Investitionskostenzuschuss bis Ende 2024 abzurechnen sei.

Herr Fühner fügt hinzu, dass die nächste Sitzung im November, also in zwei Monaten, stattfinden werde. Bis dahin könnten mehr Hintergründe für die Mehrkostensteigerung geliefert werden.

Herr Bellinvia erklärt, dass das Ausschreibungsverfahren bei einer so großen Kita immer sehr komplex sei. Nach dem Beschluss im Sozialausschuss gehe es noch in die Beschlusslage der bischöflichen Gremien und des Kirchenvorstandes.

Er möchte klarstellen, dass der Antrag für die Kath. Kirchengemeinde St. Dionysius von ihm sei und die Kirchengemeinde einen Zuschuss in Höhe der Verkaufserlöse beantragt habe.

Herr Fühner bittet Herrn Bellinvia, den Begriff „vorbehaltlich der Belegung“ aus seinen Ausführungen zu erklären.

Herr Bellinvia definiert, dass damit die Deckung des Bedarfs mit Kita-Plätzen, die im Sozialraum entstehen würden, gemeint sei.

Frau Leskow erklärt, sie halte die Baukostenerhöhung für akzeptabel und nachvollziehbar. Sie gehe davon aus, dass der Träger nicht die 295.000 Euro ausschöpfen werde, falls die tatsächlichen Kosten geringer ausfallen würden.

Herr Hewing schließt sich im Namen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an.

Herr Schomaker bezieht sich auf den dringenden Bedarf an Kita-Plätzen, die bisherige gute Zusammenarbeit mit der Zentralrendantur und deren Entgegenkommen, die Verkaufserlöse der Kita St. Michael einzubringen und die fehlenden Kosten zu halbieren. Er teilt mit, dass er für die UWG dem Antrag folgen werde. Das Wissen, in welchen Gewerken die Mehrkosten entstanden seien, werde die Mehrkosten nicht verändern.

Frau Overesch unterstützt den Beratungsbedarf von Herrn Heeke. Sie fragt Herrn Bellinvia, ob die Beratungsreihenfolge geändert werden könne.

Herr Fühner unterstreicht die Aussage der guten Zusammenarbeit von Herrn Schomaker. Die CDU möchte nähere Begründungen erhalten, wie sich die Mehrkosten gestalten würden.

Herr Bellinvia erklärt, dass das Verfahren des Bischöflichen Generalvikariates nach gesetzlichen und staatskirchlichen Vorschriften durchgeführt werde. Die beiden zuständigen Gremien würden in festgelegter Reihenfolge zwei- bis dreimal im Jahr tagen und sich nur mit der Angelegenheit befassen, wenn der Investitionsplan nachgewiesene Erträge und Aufwände enthalte. Somit sei der Bescheid der Stadt Rheine erforderlich. Eine Vertagung hätte eine Verzögerung von mindestens sechs Monaten zur Folge.

Frau Lücke möchte sich ebenfalls kurz beraten.

Um 17:50 Uhr unterbricht Herr Fühner die Sitzung für 9 Minuten.

Herr Fühner formuliert für die Abstimmung einen geänderten Beschlussvorschlag (**siehe Beschluss**):

[Nachtrag: Dem Protokoll wurde eine Ergänzungsinformation zu der Kostensteigerung hinzugefügt (Anlage 2).]

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, der Kath. Kirchengemeinde St. Dionysius für die Mehrkosten des Ersatzbaus der Kita St. Elisabeth einen Zuschuss von 295.000 Euro, vorbehaltlich des zu erbringenden Nachweises über die tatsächlich angefallenen Kosten, zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Projekt „kinderstark - NRW schafft Chancen“ – Ergebnisbericht zum Leitbild- und Zielprozess
Vorlage: 278/22**

Herr Jüttner-von der Gathen informiert, dass die Vorvor-Landesregierung dieses Projektes ursprünglich als Präventionsstrategie unter dem Titel „Kein Kind zurücklassen“ durchgeführt habe. Seitdem gebe es eine wissenschaftliche Begleitung und eine Evaluationsforschung, die letztendlich zu dem Ergebnis geführt hätten, dass es eine bestimmte Strukturvorgabe gebe, um eine Gesamtstrategie über ein Leitbild- und Zielfindungsprozess in einer Kommune zu entwickeln, damit eine klare Transparenz und Nachvollziehbarkeit einer gesamtstädtischen Strategie abgebildet werden könne.

An den vielen Arbeitsgruppengesprächen hätten unterschiedliche Menschen teilgenommen; nicht nur Fachleute aus den pädagogischen Bereichen, sondern auch Jugendliche.

Frau Raade stellt ihre Präsentation vor (**Anlage 3**).

Herr Hülsbusch bezieht sich auf die erwähnten Kinder und Jugendlichen und fragt, ob junge Erwachsene im Alter von 18 bis 21 Jahren oder manchmal bis zu 27 Jahren eingeschlossen seien.

Herr Gausmann informiert, dass nach dem gesetzlichen Rahmen ein junger Mensch mit bis zu 27 Jahren definiert sei.

Herr Jüttner-von der Gathen erklärt, dass der obere Teil der Gesamtstrategie, also Leitbild, Motto und Titel, entwickelt worden seien. Zunächst werde die Zielebene für die heutige Beschlussfassung erörtert. Auch seien schon Meilensteine auf der Handlungsebene entwickelt worden. Diese seien hier noch nicht eingeflossen, da sie im Anschluss weiter finalisiert werden sollen. Der weitere Abarbeitungs- oder Weiterarbeitungsprozess sei wichtig. Die parallelen Planungsprozesse werden in der Finalisierungsphase aufeinander abgestimmt.

Frau Overesch erklärt, dass die CDU mit Überzeugung dieses Projekt ins Leben gerufen habe und begleite. Zu dem Beschlussvorschlag Nr. 3 frage sie, ob die Umsetzung der Meilensteine heute beschlossen werden solle, ohne die monetären Auswirkungen zu kennen.

Darüber hinaus begrüßt Frau Overesch den vierten Beschlussvorschlag. In diesen Workshops seien Doppelstrukturen erkannt worden. Und dadurch, dass darüber hinaus in anderen Bereichen hingesehen werde, wie z. B. über dem Sozialausschuss beim Thema „Familien“, würden weitere Synergien genutzt.

Herr Hewing knüpft an das von Frau Overesch Gesagte an. Die intensive Vorbereitung habe viel Geld gekostet, aber eine enge Zusammenarbeit sei zur Vermeidung von Doppelstrukturen sehr wichtig. Es gebe viele Überschneidungen, wie u. a. bei dem Familienbericht und dem Sozialbericht.

Herr Gausmann führt aus, dass das Projekt „kinderstark“ in einer Einheit mit dem Sozialplan Alter und dem Familienbericht abgebildet werde. Durch diese organisatorische Struktur werde sichergestellt, dass es keine Parallelstruktur geben werde.

Bei den Meilensteinen gehe es nicht um die Einzelmaßnahmen, sondern um die Grundrichtung. Maßnahmen, die finanzielle Ressourcen benötigten, wie z. B. für die Streetworker in der Jugendhilfe, würden zur erneuten Beschlussfassung vorgelegt.

Frau Leskow freut sich über die Partizipation innerhalb der Politik. Sie habe durch die Informationen mitbekommen, wieviel Arbeit – auch vom Team – dahinterstecke und wie viele Ideen durch die Arbeitsgruppen entstanden seien.

Herr Fühner bestätigt ihre Aussage.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen zum Projekt „kinderstark – NRW schafft Chancen“ zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem im Prozess und unter Beteiligung vieler Akteure entwickelten Leitbild und den Zielen zu.
3. Die Verwaltung wird mit der Planung und Umsetzung der Meilensteine beauftragt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, eine enge Abstimmung mit anderen parallelen Planungsprozessen zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Renovierungskosten Pfarrheim St. Michael zur weiteren Nutzung als offener Kinder- und Jugendtreff
Vorlage: 330/22

Herr Gausmann bezieht sich auf die Vorlage 255/22, welche in der letzten Sitzung aufgrund von fehlenden Kosten der Mietpreise von der Tagesordnung (Top 12) genommen wurde. Diese seien mit dieser Vorlage nachgeliefert worden. Ansonsten gehe es um die Renovierung des ehemaligen Jugendheimes St. Michael, künftig offener Kinder- und Jugendtreff für die heimatlos gewordene offene Jugendarbeit des ehemaligen Standortes St. Elisabeth. Es sei notwendig, wieder links der Ems im Dutum Dorenkamp stationär eine offene Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Gemeinsam mit der AWO sei auch der LSBTI-Beratungsstelle dort ein Raumangebot gemacht worden, da es wichtig sei, dass Rheine „Farbe“ zeige.

Frau Leskow bittet zu den Mitteln um Prüfung, ob diese aus dem barrierefreien Topf genommen werden könnten, da es sich um eine grundlegende Sanierung der Toilettenanlagen handele.

Herr Gausmann antwortet, dass er dies im Vorfeld geprüft habe.

Frau Richter hofft, dass der Vorlage so zugestimmt werde, damit die Jugendlichen aus dem ehemaligen Café Elsbeth wieder einen offenen Jugendtreff bekommen würden.

Frau Overesch unterstützt die Aussage von Frau Richter.

Auf die Frage von Frau Overesch antwortet Herr Gausmann, dass der LSBTI-Beratungsstelle der Raum kostenlos angeboten worden sei, um diese auch in Rheine installieren zu können.

Herr Fühner begrüßt die Mietfreiheit. Er erwähnt dazu die Diskussion um die neue Mitte⁵¹ sowie die bedenkliche Entwicklung in Münster.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Antrag des Kath. Jugendwerkes Rheine e. V., der die zukünftige Nutzung des Pfarrheimes St. Michael für die offene Kinder- und Jugendarbeit vorsieht, zuzustimmen.
2. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem Antrag des Kath. Jugendwerkes Rheine e. V. zur Übernahme der Renovierungskosten der Räumlichkeiten des ehemaligen Pfarrheimes St. Michael in Höhe von 92.900 € zuzustimmen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Mittel im Umfang von 71.900 € in 2022 aus den Budgets des Sonderbereichs 2 – Jugend und Bildung zur Verfügung zu stellen.
3. Der Sozialausschuss wird gebeten, die Restsumme für die barrierefreie Sanierung der Sanitäranlage in Höhe von 21.000 € aus den barrierefreien Mitteln zur Verfügung zu stellen.
4. Der Jugendhilfeausschuss stimmt der geplanten Mitnutzung von Räumlichkeiten durch die AWO für eine LSBTI-Beratung/Treff zu.
5. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die zusätzlichen jährlichen Mietkosten (Kaltmiete) für die Anmietung der Räumlichkeiten in Höhe von rund 25.100 € ab dem Haushaltsjahr 2023 im Produkt 2104 zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Konkretisierung der Empfehlungen aus dem Familienbericht zur weiteren Vorgehensweise
Vorlage: 199/22

Herr Gausmann informiert, dass für den Aufbau eines Fachcontrollings die Präsentation nachgereicht werde.

Herr Jüttner-von der Gathen erläutert, dass wie bei vorherigen Vorlage auch hier parallele Ideen und Gedanken deutlich geworden seien. In der Vorbereitung der Ausführungsplanung würden diese zur Vermeidung von Doppelstrukturen gebündelt. Eventuelle Umschichtungen und Neufinanzierungen würden zu einer Beschlussfassung aufbereitet. Für die Bündelung und Finalisierung sollten die Planungsverantwortlichen zusammengebracht werden.

Herr Fühner bittet um Nennung der Arbeitsgruppenmitglieder.

Herr Gausmann gibt an, dass eine Handvoll Teilnehmer(innen) aus dem Familienbeirat und dem Jugendhilfeausschuss sich intensiv in den drei Sitzungen beraten hätten. Alle Fraktionen seien eingeladen worden.

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Familienbericht“ zur Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, bei Umsetzung der entwickelten Maßnahmen und Vorschläge mit finanziellen Auswirkungen einen Beschluss des Jugendhilfeausschusses herbeizuführen.
3. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung dieser Ideen der Arbeitsgruppe „Familienbericht“ in Abstimmung mit parallelen Planungsprozessen anzugehen.
4. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die bestehende Arbeitsgruppe „Familienbericht“ beim Aufbau eines Fachcontrollings und Monitorings intensiv zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Anfragen und Anregungen

In der Funktion als Vorsitzende des Stadtjugendringes lädt Frau Richter die Ausschussmitglieder zu einem Bubble-Soccer-Turnier unter dem Motto „Jugendarbeit trifft Jugendpolitik“ am 29. Oktober 2022 von 16:30 bis 21:30 Uhr in die Sporthalle Gartenstadt (Georg-Elser-Ring 40) ein.

Frau Richter erläutert, dass die Finanzierung von Ferienmaßnahmen dem Stadtjugendring große Sorgen bereiten würde. Die steigende Inflation, also die steigenden Kosten, wie z. B. die Energiekosten, würden sich auf die Ferienmaßnahmen auswirken. Organisator(inn)en aus verschiedenen Vereinen und Verbänden hätten Schwierigkeiten, Kosten deckend zu arbeiten. Die Umlage auf die Eltern könne nicht das Ziel sein. Gerade nach Corona seien diese Angebot umso wichtiger. Die Kinder und Jugendlichen würden in den verschiedensten Lebensbereichen Unterstützung benötigen, wie soziale Kompetenzen, in Kommunikation gehen, Konflikte lösen. Geplant sei, mit den jugendpolitischen Sprecher(inne)n der Parteien in Kontakt zu treten, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Herr Fühner erklärt, er halte den zweiten angesprochenen Punkt für richtig. Es betreffe mittlerweile alle in allen Lebensbereichen. Die nächsten Haushaltsplanberatungen, die unmittelbar bevorstünden, würden eine Herausforderung werden.

Ende der öffentlichen Sitzung: 18:35 Uhr

Dieter Fühner
Ausschussvorsitzender

Andrea Atrott
Schriftführerin